

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

Geyer, Georg
~~Wittmann~~

Jahrgang

bis

vom

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: 1128

1AR(RSHA) 237/66



Günther Nickel
Berlin SO 36

Pg 22

1930

Abgelichtet für
1Js 1-65 RSHA

1Js1-65 RSHA

20.6.63

Berlin Document Center,
U.S. Mission Berlin
APO 742, U.S. Forces

Date: _____

It is requested that your records on the following named person be checked:

Name: **G e y e r**
Place of birth:
Date of birth:
Occupation: **SS-Obersturmführer**
Present address: **IV B 4 b**
Other information:

1189945

It is understood that the requested information will be supplied at cost to this organization, and that payment will be made when billing is received.

(Telephone No.)

(Signature)

(This space will be filled in by the Berlin Document Center)

	Pos.	Neg.		Pos.	Neg.		Pos.	Neg.
1. NSDAP Master File	___	___	7. SA	___	___	13. NS-Lehrerbund	___	___
2. Applications	___	___	8. OPG	___	___	14. Reichsaerztekammer	___	___
3. PK	___	___	9. RWA	___	___	15. Party Census	___	___
4. SS Officers	___	___	10. EWZ	___	___	16.	___	___
5. RUSHA	___	___	11. Kulturkammer	___	___	17.	___	___
6. Other SS Records	___	___	12. Volksgerichtshof	___	___	18.	___	___

For explanation of abbreviations and terms, see other side.

- 1) DC- unterlegen ausgearbeitet
2) beheim. wird:
Geier, Willy, 25.10.09 Regold i/Rald. geb. ?
3) Fotoherp. eingefordert
4) Anfragen: v. 20.3.62 L'burg u. 5.10.62 Hannover
5) Fraglich?
3/4. del.

1931

Explanation of Abbreviations and Terms

2. NSDAP membership applicants
3. PK - Partei Korrespondenz (Party Membership Correspondence - files, etc.)
4. SS Officers - Service Records
5. RUSHA - Rasse - und Siedlungshauptamt (SS racial records of those married and marriage applicants)
6. Non-Officer SS, applicants for SS membership, racial records, police members
8. OPG - Oberstes Parteigericht (Supreme Party Court)
9. RWA - Rueckwandereramt (German returnees)
10. EWZ - Einwandererzentrale (Ethnic Germans' immigration and naturalization records)
12. Volksgerichtshof (People's Court)
15. Party census of Berlin 1939

1932

1 AR (RSHA) 237 / 66

V.

✓ 1) Als AR-Sache eintragen.

Ma) Wacker

2) Vermerk: Der Betroffene ^{Wks} ist als Beschuldigter für folgende Ver-
fahren erfaßt:

..... 12.11.65 (RSHA) (Stapoleit.
Bln.)
..... (RSHA) (RSHA)
..... (RSHA) (RSHA)
..... (RSHA) (RSHA)
..... (RSHA) (RSHA)
..... (RSHA) (RSHA)

Das Verfahren gegen ihn ist ein gestellt.

Es ist daher in dieser Sache nichts weiter zu veranlassen.

✓ 3) Als AR-Sache wieder austragen und verlegen

✓ 4) beim OStA lesen und B. nun fgt.

in 1a) ent

5. JAN. 1967 P.

30.12.66 Berlin, den 29.12.66

Wks:

1 Js 1/65 (RSHA)

237/66
Vfg.1. V e r m e r k :

Es besteht kein Anlaß, in nähere Ermittlungen gegen die ehemaligen Angehörigen des Referats II B 4 = IV F 4 = IV B 4 b des Reichssicherheitshauptamtes einschließlich des Referatsleiters Rudolf K r ö n i n g und des diesem zeitweise vorgesetzten Gruppenleiters Johannes K r a u s e einzutreten.

Nach den verschiedenen Geschäftsverteilungsplänen des Reichssicherheitshauptamtes war das fragliche Referat unter seinen verschiedenen Bezeichnungen für "Grundsatzfragen der Ausländerpolizei und Grenzsicherung" zuständig. Zunächst beinhaltete diese Zuständigkeit aufenthalts- und niederlassungsrechtliche Fragen für Ausländer im Reichsgebiet und später - seit Kriegsbeginn - auch die Behandlung der im Reich internierten Angehörigen der damaligen Feindstaaten einschließlich des zwischenstaatlichen Austausches von internierten und anderen feindstaatlichen Zivilpersonen.

Mit der "Endlösung der Judenfrage" war das Referat II B 4 = IV F 4 = IV B 4 b dagegen zu keiner Zeit befaßt. Zwar gehörten zu den Internierten, für deren Aufenthaltsbeschränkung das vorbezeichnete Referat verantwortlich zeichnete, auch Juden. Diese wurden indessen nur zum Zwecke eines etwaigen Austausches mit im Ausland befindlichen Deutschen festgehalten, nicht jedoch für einen Abschub in die Ostgebiete. Dies dokumentiert sich u.a. in zahlreichen aus dem Referat II B 4 = IV F 4 = IV B 4 b stammenden bzw. an dieses Referat gerichteten Schreiben zur Frage des "deutsch-palästinensischen Austausches", des "deutsch-britischen Austausches", des "deutsch-amerikanischen Austausches", der "Unterbringung zu internierender Feindstaatsangehöriger", der "Unterbringung von Internierten (Austauschjuden) im Familienlager Vittel" bzw. in anderen Lagern (Liebenau, Laufen, Tittmonig, Kreuzburg usw.) und der "Auswanderung von Juden im Rahmen des sog. Guatemala-Transfers".

Etwas Gegenteiliges ist auch nicht aus den vereinzelt vorliegenden Schreiben aus dem Referat II B 4 = IV F 4 = IV B 4 b, die sich über die Deportation von Juden nach dem Osten auslassen, aus dem dem vorgenannten Referat zur Mitzeichnung zugeschriebenen Entwurf eines Erlasses des Judenreferats vom Januar 1943 - IV B 4 b 2686/42 - betreffend die "Behandlung ausländischer Juden (allgemein)" sowie aus Vermerken des Auswärtigen Amtes über die Teilnahme K r ö n i n g s an einer Besichtigung des Aufenthaltslagers Bergen-Belsen und über Besprechungen hierüber zu entnehmen.

Die zu den Einzelfällen "Räumung von Wohnungen sowjet-russischer Staatsangehöriger jüdischer Abstammung", "Livio Levi", "Erna Paneth", "Mark Schwartzmann", "Tamas Krivátsy Szücs", "Fancia Ring" und "Gritli Wang" vom Referat II B 4 = IV F 4 = IV B 4 b erteilten Auskünfte besagen zwar, daß die fraglichen Juden deportiert worden seien und im Falle Paneth zusätzlich, daß die genannte Jüdin "nicht mehr sei". Es wurden insofern jedoch lediglich Tatsachen weitergegeben, die auf der Arbeit des Judenreferats des Reichssicherheitshauptamtes beruhten. Daß die entsprechenden Anfragen an das Referat II B 4 = IV F 4 = IV B 4 b gerichtet waren und von diesem beantwortet wurden, hatte seinen Grund allein darin, daß es sich bei den interessierenden Juden um solche handelte, die vom Auswärtigen Amt oder von einer bei diesem anfragenden ausländischen Vertretung als zu internierende Feindstaatangehörige oder als zum Austausch geeignet angesprochen wurden.

Die vermutlich K r a u s e oder K r ö n i n g anzulastende Mitzeichnung des Erlaßentwurfes vom Januar 1943 - IV B 4 b 2686/42 -, der sich über den Umfang der Einbeziehung ausländischer Juden in die Deportationsmaßnahmen ausläßt, beinhaltet - entgegen der bei Verfahrenseinleitung gehegten Vermutung - keine Übernahme einer Mitverantwortung von Angehörigen des Referats II B 4 = IV F 4 = IV B 4 b an

den Judendeportationen und ihren Ausmaßen. Denn ein Vergleich zwischen dem zur Mitzeichnung vorgelegten Entwurf und der endgültigen Fassung der vom 5. März 1943 stammenden einzelnen Erlasse - IV B 4 b 2314/43g (82) - zeigt mit Deutlichkeit, daß die Mitzeichnung nur zu dem Zweck vorgesehen war, um dem für Internierung und Austausch zuständigen Referat die Möglichkeit zu geben, der aus der Referatszuständigkeit erwachsenden Notwendigkeit, Juden mit feindstaatlicher oder entsprechender Staatsangehörigkeit von Deportationsmaßnahmen auszunehmen, Rechnung zu tragen. Daß der Mitzeichner aus dem Referat II B 4 = IV F 4 = IV B 4 b hiervon in vollem Umfange Gebrauch gemacht und damit die seiner Beurteilung unterliegenden Juden von den Deportationsmaßnahmen ausgeschlossen hat, erweist der folgende - im zur Mitzeichnung vorgelegten Entwurf nicht enthaltene - Absatz der fraglichen Erlasse:

"Ferner sind Juden, die von einer Schutzmacht als Vertreterin der Interessen eines Feindstaates für den Austausch gegen im feindlichen Ausland befindliche Reichsangehörige benannt worden sind, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit (auch Staatenlose) von der Abschiebung auszuschließen, sofort in polizeilichen Gewahrsam zu nehmen und wegen der Frage ihrer Internierung unter Angabe der genauen Personalien an das Reichssicherheitshauptamt - Referat II B 4 - zu berichten."

Was schließlich den Umstand anbelangt, daß K r ö n i n g in die Belegung des Aufenthaltslagers Bergen-Belsen mit Juden eingeschaltet war, so ist aus den darüber vom Auswärtigen Amt stammenden Vermerken zu ersehen, daß Bergen-Belsen bei seiner Errichtung als Judenlager keinem anderen Zweck dienen sollte, als zum Austausch vorgesehene Juden dort zusammenzufassen, und daß K r ö n i n g im Interesse des ihm obliegenden Austausches bemüht war, das Lager in einen solchen Zustand bringen zu lassen, daß der Zweck, geeignete Personen für Austauschverhandlungen zur Verfügung zu haben, nicht gefährdet wurde. Dem entgegenstehende Eindrücke nahm K r ö n i n g jeweils sofort

zum Anlaß, zur Stärkung seiner auf die Erhaltung der Austauschjuden zielenden Position Interventionen des Auswärtigen Amtes beim Reichssicherheitshauptamt zu erbitten. Dafür, daß die Zustände im Lager Bergen-Belsen gegen Kriegsende sich katastrophal entwickelten und untragbar wurden ist das Referat II B 4 = IV F 4 = IV B 4 b nicht verantwortlich zu machen, da dies durch die Zuführung von KZ-Häftlingen und rückgeführten Deportationsjuden verursacht wurde. Bei Kenntnis dessen wurden im Gegenteil unter Einschaltung K r ö n i n g s Bemühungen unternommen, für Austauschjuden ein anderweitiges Lager ausfindig zu machen, da Bergen-Belsen "wegen inzwischen eingetretener erheblicher Veränderung des Lagercharakters ... für die Aufnahme von Juden ..., die für Austauschaktionen bereitgestellt wurden, nicht mehr in Frage" kommen konnte.

2. Aus den Gründen des vorstehenden Vermerks wird das Ermittlungsverfahren gegen die Beschuldigten

- a) Georg G e y e r ,
- b) Johannes K r a u s e ,
- c) Rudolf K r ö n i n g ,
- d) Hans-Joachim M ü l l e r und
- e) Gottfried S c h u s t e r

eingestellt.

3. Herrn Oberstaatsanwalt Severin
zur Ggz.

Hdz. Severin
19. Dez. 1966

4.-10. pp.

Berlin, den 13. Dezember 1966

Klingberg
Staatsanwalt

**Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen**

VI 415 AR 1310/63 - E 5

Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben

714 Ludwigsburg, den
Schorndorfer Straße 58
Fernsprechananschluß:
Ludwigsburg Nr. 6421
bei Durchwahl 642 App. Nr.

26. Juli 1972

10	/	Anlagen
	/	Abschriften
	/	DM Kost M.



An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin
- RSHA-Arbeitsgruppe -

1 B e r l i n 21
Turmstraße 91

Betr.: Ermittlungsverfahren
gegen ehemalige Angehörige des Reichssicher-
heitshauptamtes
wegen Mordes (NS-Verbrechen)
- 1 Js 1/65 (RSHA) -

Anl.: 1 Ablichtung

Die anliegende Ablichtung einer Abschrift einer in Heidelberg abgesandten und mir von der Untersuchungsstelle für NS-Gewaltverbrechen beim Landesstab der Israel Polizei zugeleiteten anonymen Eingabe betreffend Georg G e y e r , geb. am 9.3.1905 in Saalfeld, übersende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme. Nach Auskunft des Einwohnermeldeamtes Ladenburg vom 3.7.1972 ist der Genannte noch in Ladenburg, Trajanstraße 8, gemeldet.

Broszat

(Broszat)
Staatsanwalt

A b s c h r i f t.

Präsident of the
Policepräsidium
Tel Aviv

Have you interesting for a

German Nazi of the " Reichssicherheitsamt Abteilung 4
Berlin, name: Major Georg G e y e r , Ladenburg Trajanstr.8
Landkreis Mannheim, Country Baden-Württemberg,
West-Germany "



